



## **S2.6. Steuerertrag, Steuersoll** **Keine Ausbeutung mit unseren Steuergeldern**

### Postulat

Ernst Joss, Mitglied des Gemeinderates, und 11 Mitunterzeichnende haben am 1. Juli 2010 folgendes Postulat eingereicht:

*"Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Dietikon beim Einkauf von Gütern und Dienstleistungen faire Produktionsbedingungen nach den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ohne Zwangs- und Kinderarbeit und damit eine sozial nachhaltige Beschaffung sicherstellen kann.*

### Begründung

#### *Faire Produktionsbedingungen*

*Wenn Gemeinden billige Produkte aus dem Ausland einkaufen, hat dies oft eine Kehrseite. Viele dieser Waren wurden unter menschenverachtenden Bedingungen hergestellt: ausbeuterische Löhne, 80-Stundenwochen, Arbeitsbedingungen, die die Gesundheit zerstören, Kinderarbeit. Mit dem Volkspostulat "Keine Ausbeutung mit unseren Steuergeldern" wird die Gemeinde aufgefordert, beim Einkauf von Gütern und Dienstleistungen auf faire Produktionsbedingungen zu achten.*

#### *Gemeinden tragen Verantwortung*

*Nur wenn eine Nachfrage nach fair produzierten Gütern besteht, werden diese auf dem Markt auch angeboten. Gemeinden und Kantone stehen deshalb in der Verantwortung. Sie können von ihren Lieferanten verlangen, dass sie bei Produkten aus dem Ausland einen Nachweis für faire Produktionsbedingungen erbringen.*

#### *Kontrolle ist möglich*

*Ein solcher Nachweis ist möglich: Für viele Produkte gibt es vertrauenswürdige Labels und Zertifikate. International tätige Firmen können auch eigene Kontrollen durchführen und diese von unabhängigen Organisationen überprüfen lassen. Für eine sozial nachhaltige Beschaffung müssen als Mindestanforderung die so genannten Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und die nationale Gesetzgebung im Produktionsland eingehalten werden.*

#### *IAO-Kernarbeitsnormen*

*Sie verbieten Zwangs- und Kinderarbeit, garantieren das Recht sich in Gewerkschaften zu organisieren, fordern Lohngleichheit zwischen Frauen und Männer und verbieten Diskriminierung in der Arbeitswelt. Diese Kernkonventionen gelten als grundlegende und für alle Staaten verpflichtende Standards.*

*Die Einhaltung dieser Grundrechte sollte weltweit eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Es darf nicht sein, dass wir mit unseren Steuergeldern Produzenten unterstützen, die sich nicht um die Menschenrechte scheren und ihre Angestellten ausbeuten."*

vom 1. Juli 2010

Mitunterzeichnende:

Rosmarie Joss  
Anton Kiwic  
René Stucki  
Adrian Larcher

Angela Gullo  
Catherine Peer  
Lucas Neff  
Christiane Ilg-Lutz

Peter Wettler  
Rolf Steiner  
Samuel Spahn

Wir bringen Ihnen und dem Stadtrat dieses Postulat im Sinne von § 55 der Geschäftsordnung zur Kenntnis.

NAMENS DES GEMEINDERATES

Werner Hogg  
Präsident

Daniel Müller  
Sekretär

Ir 0701\_keine ausbeutung steuergelder.doc

versandt am: